

An aerial illustration of Zurich, Switzerland, showing the city's layout, buildings, green spaces, and the Lake Zurich coastline. The illustration is colorful and detailed, with various buildings, trees, and water bodies. A red banner is overlaid on the top left, and the word 'Ja' and the SP logo are visible in the bottom right.

ZÜRICH BLEIBT ZÜRICH

Bilanz der SP-Fraktion
im Gemeinderat der Stadt Zürich
über die Legislatur 2010–2014

Ja 

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	5
1 Wohnen – für alle!	6
2 Stadtentwicklung: Zürich bleibt eine nachhaltige Stadt für alle	8
3 Stadtleben: Sicherheit und Freiheit im Gleichgewicht	10
4 Wirtschaft: Für eine gewerbefreundliche Stadt	12
5 Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen: Entschlossen gegen die Krise	14
6 Bildung und Jugend: Für ein zukunftsfähiges Zürich	16
7 Kultur: Geld und Räume bereitstellen	18
8 Energie und Umwelt: Für ein starkes Engagement der öffentlichen Hand	20
9 Verkehr: Für einen Ausbau des öV und für mehr Fuss- und Veloverkehr	22
10 Sozialpolitik: Für ein tragfähiges soziales Netz	24
11 Gesundheit und Alter: Sichere Versorgung für alle	26
12 Migration und Integration: Der Zuwanderung lösungsorientiert begegnen	28
13 Finanzen: Die solide Basis ist gefährdet	30

SP Stadt Zürich

Gartenhofstrasse 15
8004 Zürich
Tel.: 044 578 10 00
www.sp-zuerich.ch
spstadt@spzuerich.ch
PC-Konto-Nummer: 80-6679-6

Impressum

Verabschiedet von der SP-Gemeinderatsfraktion
am 25. September 2013

EINLEITUNG

Die Stadt Zürich ist seit längerer Zeit eine Erfolgsgeschichte. So auch in der Legislatur 2010–2014, die nun ihrem Ende entgegen geht, und zu der die SP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Zürich im Folgenden Bilanz zieht. Zürichs Erfolg belegen beispielsweise die verschiedenen globalen Rankings zur Lebensqualität in Städten: Die Limmatstadt nimmt seit Jahren einen der beiden ersten Plätze ein. Zürichs Erfolg belegt aber auch die Tatsache, dass die Stadt kontinuierlich wächst, sie für Neuzuziehende ungebrochen attraktiv ist und es heute wie eine alte Legende wirkt, dass Zürich noch in den neunziger Jahren weit herum als künftige «A-Stadt» gehandelt wurde. Einer Stadt, die – so die Prophezeiung – einen überproportionalen Anteil an alten Menschen, AusländerInnen und Arbeitslosen aufweisen würde.

Das Gegenteil ist heute der Fall. Doch es ist hinlänglich bekannt, dass der Erfolg Zürichs seine Schattenseiten hat und der Politik auch die Aufgabe zufällt, Massnahmen gegen diese Entwicklungen zu ergreifen. Zu denken ist etwa an den Erhalt von genügend zahlbaren Wohnungen, an die Steuerung des Verkehrsaufkommens auf der Strasse und im öffentlichen Verkehr, an die Gewährleistung einer nachhaltigen und effizienten Infrastruktur und an den Erhalt von Freiräumen und Naherholungsgebieten für die Bevölkerung. All diesen Aufgaben galt in der ablaufenden Legislatur das Augenmerk der SP-Fraktion, und wir sind überzeugt, mit unserem politischen Handeln vor und hinter den Kulissen massgebende Beiträge geleistet zu haben, damit in diesen Bereichen wichtige Schritte unternommen werden konnten.

So ist die Erfolgsgeschichte Stadt Zürich denn auch untrennbar verbunden mit einer von der SP geprägten Politik, die stets in überparteilicher Zusammenarbeit tragfähige Lösungen für alle statt für wenige anstrebt. Seit 1998 sind ohne Unterbruch vier Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Mitglieder des Stadtrats, seit 2010 erstmals flankiert von zwei Mitgliedern der Grünen und seit wenigen Monaten zusätzlich von einem Mitglied der Alternativen Liste. Angesichts der Tatsache, dass die linke Mehrheit in der Exekutive in den Wahlen 2010 zwar gestärkt wurde, im Gemeinderat aber verloren ging und die erstarkte Mitte die Mehrheitsfindung

unberechenbarer machte, kam für die SP in dieser Legislatur dem Zusammenspiel zwischen Stadtratsdelegation und Gemeinderatsfraktion besondere Bedeutung zu. Umso mehr beziehen wir politische Geschäfte, deren Urheber der Stadtrat war, in unsere Bilanz mit ein – weil das Bemühen, ihnen im Gemeinderat und nicht selten vor dem Volk zu soliden Mehrheiten zu verhelfen, in der gegebenen Konstellation ein wichtiger Teil der politischen Arbeit der Fraktion gewesen ist.

In der öffentlichen Wahrnehmung werden Erfolge in der Politik oftmals daran gemessen, wieviel Neues die politischen Kräfte verwirklichen. Die SP-Fraktion weist in ihrer Bilanz einiges aus, das diesem berechtigten Anspruch gerecht wird. In Kombination mit der auch für Zürich spürbaren Finanz- und Wirtschaftskrise haben die seit 2010 herrschenden Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat aber dazu geführt, dass der politische Erfolg aus sozialdemokratischer Sicht oft auch darin bestand, Bewährtes zu bewahren und auf die Zukunft hin zu stärken. Politische Erfolge dieser Art sorgen nicht für Schlagzeilen – für die Fortführung der Erfolgsgeschichte Zürich sind sie aber umso bedeutsamer. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil in der unmittelbaren Zukunft das Bewahren von Bewährtem eine der wichtigsten Herausforderungen sein wird: Denn die finanziellen Perspektiven Zürichs sind düster und die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht ausgestanden. All dies verlangt auch künftig nach einer massvollen, umsichtigen und langfristig angelegten Politik, welche die nachhaltige, oft auch die bewährte Lösung dem kurzfristigen Effekt überordnet. Die SP wird auch in den kommenden Jahren für eine solche Politik eintreten und Partnerin sein für diejenigen, die sich diesem Grundsatz anschliessen.

Damit Zürich Zürich bleibt.

WOHNEN – FÜR ALLE!

Ausgangslage

Seit dem 27. November 2011 hat die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus in der Stadt Zürich Verfassungscharakter. Bis 2050 soll der Anteil der nach dem Kostenprinzip bewirtschafteten Mietwohnungen auf einen Drittel des Gesamtbestandes steigen. Damit ist die Bevölkerung einer der wichtigsten Forderungen der SP gefolgt, welche 2010 in Form der Initiative «Wohnen für alle» eingereicht wurde. Dieses grosse Plebiszit war Ausdruck einer breiten Verunsicherung: Zum einen verharrt die Leerwohnungsziffer praktisch bei null (für 2012 bei 0,1 Prozent), zum anderen steigen die Mietpreise weit stärker als die Konsumentenpreise und die allgemeine Lohnentwicklung.

Die anhaltend steigende Attraktivität Zürichs ist ein Grund zur Freude. Die Stadt, die sich noch in den 1970er-Jahren entleert hat, wird wieder als Wohnstadt erlebt, was sich an der steigenden Zahl von Familienhaushalten zeigt. Die SP hat dafür die Basis gelegt: gute Schulen mit Betreuungsangeboten, Verkehrsberuhigung und attraktive Aussenräume. Die Früchte versuchen nun aber andere zu ernten, allen voran grosse Liegenschaftsverwaltungen und institutionelle AnlegerInnen mit Renditebauten. Wir fordern: Wohnraum für alle statt Profite für wenige. Mit der Förderung der gemeinnützigen WohnbauträgerInnen garantieren wir, dass alle an der Entwicklung unserer Stadt teilhaben können.

Erfolgreiche SP-Wohnpolitik

- Mit dem **wohnpolitischen Grundsatzartikel** – ausgehend von der SP-Initiative «Wohnen für alle» – hat die Stadtzürcher Bevölkerung mit überwältigendem Mehr unsere Politik ganz vorne in der Gemeindeordnung verankert und somit auch ganz oben auf die politische Agenda gesetzt. Es ist ein klares Signal, dass Wohnen nicht der Spekulation oder der Renditemaximierung ausgesetzt werden darf, sondern dass es in erster Linie ein grundlegendes Bedürfnis abdeckt.
- Um das Ziel von einem Drittel gemeinnütziger Wohnungen zu erreichen, braucht es den politischen Willen auch Zukäufe tätigen. Dabei spielt die Stiftung für preisgünstige **Wohn- und Gewerberäume (PWG)** eine zentrale Rolle. Der Gemeinderat hat auf Antrag der SP einer **Erhöhung der Abschreibungsbeiträge** zugestimmt, so dass die PWG bei Konkurrenz-

verfahren um Liegenschaftenkäufe mithalten kann. Weiter wurde auf Anregung der SP die **Anlaufstelle «Aproprio»** geschaffen, bei der sich MieterInnen beraten lassen können, die ihre Liegenschaft aufkaufen und so dem selbstbewohnten Eigentum zuführen wollen.

- Bei den **Baurechtsbedingungen konnten wichtige Lücken geschlossen werden**: So sind ökologische Investitionen neu abzugsfähig und der Landwert wird unabhängig vom Buchwert für alle Parzellen nach bewährten Richtlinien berechnet. Wichtiger noch: Bei Ablauf der Baurechtsdauer wird das Land erneut dem gemeinnützigen Wohnungsbau zugeführt.
- Weiter konnten **zwei erfolgreiche Kreditinstrumente für die nächsten Jahre erneuert werden**: Mit einer neuen Tranche des **Wohnbaukredits** können weiterhin gezielt Wohnungen für einkommensschwache Haushalte subventioniert und so eine echte soziale Durchmischung gewährleistet werden. Mit dem **Jugendwohnkredit** werden Zimmer für Studierende und Lernende unterstützt, dies in enger Zusammenarbeit mit unseren Hochschulen.
- In der vergangenen Legislatur sind **über 4000 gemeinnützige Wohnungen neu entstanden oder in Angriff genommen worden**. Diese Zahl bedeutet einen schönen Teilerfolg und ermutigt uns, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Wichtige Grundsätze der SP

- Zürich braucht **bezahlbare Wohnungen und eine gute soziale Durchmischung** der BewohnerInnenenschaft in allen Quartieren.
- Die SP fordert eine **Stärkung und einen Ausbau des gemeinnützigen Wohnungsbaus**.
- Die SP fordert die **Vergabe von städtischem Land im Baurecht nur an gemeinnützige BauträgerInnen**.
- Städtisches Land auf Stadtgebiet darf **nicht verkauft** werden.

Herausforderungen und Ziele 2014–2018

- Das Ziel ist gesetzt: Wir wollen in den nächsten Jahren den Anteil der gemeinnützigen WohnbauträgerInnen kontinuierlich steigern. Dabei ist wichtig, dass die verschiedenen Akteurinnen und Akteure zusammenarbeiten und gemeinsam die Herausforderung an-

gehen. Dazu braucht es bei den Wohnbaustiftungen eine Vereinheitlichung der Organisation und eine Stärkung der demokratischen Kontrolle. Weiter soll die Stadt zusammen mit dem Verband der gemeinnützigen WohnbauträgerInnen die Expansion der Baugenossenschaften begleiten. Dazu braucht es eine **aktive Koordinationspolitik** und den Willen, Chancen für eine solche Expansion zu nutzen.

- Die **Revision der Bau- und Zonenordnung soll den wohnpolitischen Grundsatzartikel auch planerisch berücksichtigen**. So müssen wir bei Gestaltungsplänen explizit einen Mindestanteil an gemeinnützigen Wohnungen einfordern. Auch müssen bei Ein- und Aufzonungen zwingend die öffentlichen Interessen berücksichtigt werden. Dazu gehören bezahlbare Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete. Schliesslich muss der Wohnanteil durchgesetzt werden: Hotel- und Businessapartmentnutzungen dürfen dieser Quote nicht angerechnet werden. Die Durchsetzung des zonenkonformen Wohnanteils muss insbesondere in neueren Quartieren wie Zürich-West weiterverfolgt werden.
- Der **Bau von kommunalen Wohnbausiedlungen** gehörte in Zeiten der Wohnungsnot zu den kräftigsten Instrumenten der Stadt. Die SP nimmt erfreut zur Kenntnis, dass diese Tradition wiederbelebt wurde, wie die Projekte Hornbach, Herdernstrasse, Escher-Wyss und Leutschenbach zeigen. Diese Dynamik gilt es mit konstruktiven Standortvorschlägen zu begleiten. Wo die Stadt nicht selber baut, soll sie ihr Land gemeinnützigen BauträgerInnen im Baurecht abgeben. Die Stadt soll dabei vorausschauend Land auf Stadtgebiet erwerben und so auch ihre politische Handlungsfreiheit erhöhen. Dabei ist es mehr als legitim, wenn sie das Land vom Kanton (beispielsweise freiwerdende Gebäude aufgrund des Umzugs ins PJZ) oder von Bundesbetrieben (wie der SBB) im Vorkaufsrecht zu fairen Bedingungen angeboten bekommt.
- Eine gute soziale Durchmischung der BewohnerInnenenschaft in allen Quartieren ist **Voraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft**. Wohnen in der Stadt muss für alle möglich sein. Dies gilt explizit auch für den Mittelstand: Er trägt massgeblich zum Steuersubstrat bei und es ist nicht einzu-



sehen, wieso ihm der Zugang zu fairen, bezahlbaren Mietwohnungen verwehrt werden soll.

- Die Vergangenheit hat es gezeigt: **Mit gemeinnützigen WohnbauträgerInnen kann man die Zukunft gestalten**. Nebst der Tatsache, dass sie bezahlbare Mieten garantieren, verwirklichen sie innovative und urbane Wohnformen, setzen Akzente im ökologischen Bauen, sie nutzen ihre Grundstücke optimal aus, achten auf einen tiefen Flächenverbrauch und tragen zu einer optimalen Quartierversorgung bei. Diese Trumpfkarte gilt es auch in den nächsten Jahren zu spielen.
- Gespannt warten wir auf die **neuen kantonalen Instrumente, welche von zwei Volksinitiativen gefordert werden**. Die SP will für den ganzen Kanton, dass in Wohnzonen ein **Mindestanteil** festgelegt wird, der nach dem Grundsatz der Kostenmiete bewirtschaftet wird. Und der Verband der gemeinnützigen WohnbauträgerInnen verlangt vom Kanton einen **Wohnraumfonds**, der Darlehen und Abschreibungsbeiträge spricht. Dieselbe Initiative erlaubt es auch den Gemeinden, ein solches Instrument zu schaffen: In der Stadt Zürich könnten so gezielt Mittel für die Umsetzung des wohnpolitischen Grundsatzartikels reserviert werden.

STADTENTWICKLUNG: ZÜRICH BLEIBT EINE NACHHALTIGE STADT FÜR ALLE

Ausgangslage

Durch die Bevölkerungszunahme und die damit verbundene Bautätigkeit hat sich die Stadt Zürich in den letzten Jahren stark entwickelt und verändert. Die Entwicklung ist in allen Stadtteilen und Quartieren zu sehen und zu spüren. In Zürich-West und Affoltern machen sich die Veränderungen in den Siedlungsstrukturen stark bemerkbar. Neben den «alten» Entwicklungsgebieten sind mit Altstetten, Seebach und Schwamendingen drei neue Quartiere in den Fokus reger Umstrukturierung geraten. Ein Grossteil der in diesen Gebieten neu entstandenen Wohnfläche wurde und wird durch Ersatzneubauten geschaffen. Dies hat zur Folge, dass günstiger Wohnraum verloren geht und damit oft auch ein Teil der Bevölkerung das Quartier aus finanziellen Gründen verlassen muss. Gleichzeitig sind die neu gebauten Siedlungen attraktiv für Familien und beherbergen meist mehr Einwohnerinnen und Einwohner als zuvor.

Wenn die Verdichtung zunimmt, ist es wichtig, dass Freiflächen und Freiräume gezielt eingeplant und gestaltet werden. Freiräume sind nicht einfach das, was übrigbleibt, sondern sie sind mit derselben Sorgfalt zu projektieren wie die danebenstehenden Hochbauten. Nur so kann die hohe Lebensqualität in Zürich beibehalten werden.

Erfolgreiche SP-Stadtentwicklungspolitik

- In der Manegg entsteht mit «**Greencity**» ein **neuer Stadtteil**, der die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft erfüllt. Die kooperative Planung von privaten und gemeinnützigen WohnbauträgerInnen **sorgt für soziale Durchmischung**.
- Auf dem **Areal des Zollfreilagers** entsteht auf der Basis eines Gestaltungsplanes ein neues Quartier mit rund 1000 Wohnungen. Die Forderungen der SP nach einer durchmischten Bevölkerungsstruktur und eines öffentlichen Aussenraums von guter Qualität werden erfüllt. Es entstehen zudem 200 dringend benötigte Wohnungen für Studierende.
- Auf der **Kronenwiese wird eine kommunale Wohnsiedlung gebaut**, die dank dem Verzicht auf eine Tiefgarage **autoarmes Wohnen** ermöglicht.
- Mit den **Genossenschaftssiedlungen Kalkbreite** (erste Wohnsiedlung über einem Tramdepot) und «**Mehr als Wohnen**» (Hunziker-Areal in Leutschenbach) werden neuartige

Wohnsiedlungen und pionierhafte neue Stadtteile realisiert, zu denen die SP den Anstoss gegeben hat und für die sie sich über Jahre stark gemacht hat.

- Eine von der SP mitinitiierte Motion, welche in der Bau- und Zonenordnung (BZO) die **Definition von Rahmenbedingungen für einen Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen in Gestaltungsplänen** fordert, wurde vom Gemeinderat mit grosser Mehrheit überwiesen.
- Der **Erweiterungsbau für das Zürcher Kunsthaus** wurde vom Volk gutgeheissen.

Wichtige Grundsätze der SP

- Die SP setzt sich für wirtschaftliche, ökologische und soziale Rahmenbedingungen ein, damit eine **nachhaltige Stadtentwicklung** gewährleistet ist.
- Wir fördern **generationendurchmischten Wohn- und Freiraum**, der entsprechend den unterschiedlichen Bedürfnissen flexibel gestaltet und verändert werden kann.
- **Räume und Zonen für das produzierende Gewerbe** müssen gesichert und geschaffen werden.
- Die SP unterstützt raumplanerische und baurechtliche Mittel zur **Verbesserung der Nutzungsdurchmischung** in den Quartieren und für eine Reduktion des Mobilitätsbedürfnisses.
- Die Bevölkerung soll dank **partizipativen Planungsprozessen** die Entwicklung und Veränderung der Quartiere mitgestalten können.
- Durch die **gezielte Gestaltung der Aussenquartiere** als selbständige und attraktive Nebenzentren entstehen lokal Quartiere mit kurzen Wegen.
- Wir fordern **genügend und attraktiven Frei- und Grünraum**.

Herausforderungen und Ziele 2014–2018

- Die vorhandenen **Reserven in der BZO** sollen quartier- und sozialverträglich ausgeschöpft werden
- Mit der Teilrevision der BZO soll der **Gewerbeanteil erhöht** werden.
- Die durch Um- und Aufzonungen erzielten **Mehrwerte für Private sollen möglichst zum Nutzen der Allgemeinheit abgeschöpft werden**. Gleiches gilt für Mehrwerte, die



sich aus staatlichen Investitionen ergeben, beispielsweise durch den Bau von Verkehrsverbindungen oder Grünanlagen.

- Die **soziale Durchmischung soll erhalten und gefördert werden**.
- Die **Infrastrukturplanung soll vorausschauend angegangen** und mit den Stadtentwicklungszielen koordiniert werden. Der dazu benötigte Raum ist rechtzeitig zu sichern.
- Mit einem **kommunalen Siedlungsplan** soll die gewünschte Entwicklung der Stadt auf Quartierebene sichtbar gemacht werden.
- Um den Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus zu erhöhen, sollen auch **private GrundeigentümerInnen in die Entwicklung einbezogen** werden.
- **Kasernenareal**: Das grosse Areal mitten im Stadtzentrum soll von der Öffentlichkeit und vor allem von der Quartierbevölkerung genutzt werden können. Die **Bedürfnisse der Bevölkerung** müssen bei der Neugestaltung berücksichtigt werden.
- Um Akzeptanz und Identifikation zu erreichen, muss insbesondere bei starken Verdichtungsprozessen die **Quartierbevölkerung in die Planung einbezogen werden**.

STADTLIBEN: SICHERHEIT UND FREIHEIT IM GLEICHGEWICHT

Ausgangslage

Erstmals seit vielen Jahren sprach sich die SP 2011 für eine moderate Aufstockung der Polizeistellen aus. Was war geschehen? Die Bevölkerung der Stadt Zürich wächst kontinuierlich und hat nun die Zahl von rund 390 000 BewohnerInnen erreicht. Neue Quartiere mit Tausenden von Menschen sind entstanden. Täglich pendeln 200 000 Menschen in die Stadt zur Arbeit und zum Einkaufen. Die attraktive Club- und Restaurantszene zieht an den Wochenenden und in der Nacht zehntausende von Ausgangswilligen und NachtschwärmerInnen an. Die 24-Stunden-Gesellschaft ist Realität geworden. Das Freizeitverhalten derjenigen, die nachts unterwegs sind, kann jedoch mit dem Erholungsbedürfnis der Wohnbevölkerung kollidieren. Dies bedeutet für die SP, dass ein Gleichgewicht zwischen dem Ruhe- bzw. dem Sicherheitsbedürfnis der einen und der Freiheit der anderen gefunden werden muss.

Erfolgreiche SP-Sicherheitspolitik

- Dank der SP konnte die **Allgemeine Polizeiverordnung** verschlankt und modernisiert werden. Sie trägt dem Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit Rechnung.
- Der SP ist es endlich gelungen, die **Kennzeichnung** der Polizeikräfte im **unfriedlichen Ordnungsdienst** einzuführen.
- Mit der **Prostitutionsgewerbeverordnung** wird der **Schutz der Prostituierten** verbessert. Die SP hat dafür gesorgt, dass eine **ständige städtische Fachkommission** zum Prostitutionsgewerbe eingesetzt wird, in der auch die verschiedenen Fach- und Betroffenenorganisationen mitarbeiten.
- Die SP hat eine moderate **Aufstockung von Stellen im Korps der Stadtpolizei mitunterstützt**. Einerseits sollen so die Bedürfnisse der 24-Stunden-Gesellschaft abgedeckt werden, andererseits können nur so die massiven Überstunden der StadtpolizistInnen abgebaut werden.
- Mit der Beschaffung von **professionellen Arbeitskleidern** für die **Kontrolle des ruhenden Verkehrs** wird auch diesen Polizeiangehörigen mehr Wertschätzung entgegengebracht.
- Eine **Hausbesetzerszene** wird mit politischer Unterstützung der SP **toleriert**, selbstverständlich ohne Lärmemissionen und Sach-

beschädigungen. Es soll keinen Hausabbruch auf Vorrat geben, sondern erst bei Vorliegen einer Baubewilligung.

Wichtige Grundsätze der SP

- Wir orientieren uns an einem **umfassenden Sicherheitsbegriff**: Soziale Sicherheit, Existenzsicherung, Chancengleichheit und gelebte Toleranz sind wichtige Pfeiler einer friedlichen Gesellschaft.
- Damit die Polizei glaubwürdig ist, muss sie sich einerseits an den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung orientieren und Hilfestellungen leisten (**«Community Policing»**), andererseits bei kriminellen Taten konsequent und korrekt eingreifen, selbstverständlich immer unter Wahrung der **Verhältnismässigkeit**.
- **Gewalt und Vandalismus werden nicht toleriert**, weder im Alltag noch an Sport- und Grossanlässen oder Demonstrationen.
- **Häusliche Gewalt** ist keine Privatsache und soll bedingungslos geahndet werden.
- **Organisierte Kriminalität** wie Menschenhandel, Zwangsprostitution, Wirtschafts- und Finanzkriminalität müssen unterbunden werden.
- **Integration und Prävention** sind wirksamer und günstiger als nachträgliche Repression. Am **Resozialisierungsgedanken** ist festzuhalten.
- **Polizeiaufgaben sind öffentliche Aufgaben** und brauchen das nötige Personal. Die Privatisierung von Polizeiaufgaben lehnen wir ab.
- **Sicherheit und Sauberkeit in öffentlichen Verkehrsmitteln und im öffentlichen Raum** sind zu stärken.
- Die kluge **Gestaltung des öffentlichen Raums** verstärkt das Sicherheitsgefühl.

Herausforderungen und Ziele 2014–2018

- Gesellschaftliche Veränderungen und Probleme machen nicht an der Stadtgrenze halt: **Bündnisse mit anderen Städten** und Ebenen sind nötig, immer unter Wahrung der städtischen Autonomie bei der urbanen Sicherheit.
- Mit Blick auf die **Eventstadt Zürich** gilt es, die Balance zu finden zwischen ausgelassenem Feiern und dem Ruhebedürfnis von AnwohnerInnen. Es gilt, das Gleichgewicht zwischen der Wohnstadt und der Ausgehstadt zu wahren. Die 24-Stunden-Gesellschaft hat positive und negative Seiten. Das «SIP»-Projekt



(Sicherheit, Intervention, Prävention) hat sich bewährt und soll weiter gestärkt werden.

- Die **Versuchsphase der Zentralen Ausnüchterungsstelle** gilt es weiterhin aufmerksam zu begleiten.
- Sportclubs müssen **gegen Ausschreitungen an Sportanlässen** in die Pflicht genommen werden; gleichzeitig ist der Wert einer lebhaften und bunten Fankultur anzuerkennen.
- Wir machen uns stark für einen verstärkten **Einsatz gegen Menschenhandel** und fordern ein Aufenthaltsrecht für die Opfer.
- In der **Drogenpolitik** ist die Entkriminalisierung von Cannabisprodukten weiterzuerfolgen, gleichzeitig gilt es, die erfolgreiche Zürcher Drogenpolitik weiterzuführen.
- Die SP unterstützt das **Projekt «Strichplatz»** am Depotweg und begleitet es aufmerksam.
- Wir setzen uns ein für eine **repräsentative Polizei**, die z. B. hinsichtlich Geschlecht, Herkunft oder Migrationshintergrund ihrer Angehörigen ein Spiegel der Gesellschaft ist. In dieser Perspektive soll die Stadtpolizei sich vermehrt darum bemühen, Menschen, die in der Stadt Zürich wohnen, für das Korps zu rekrutieren.
- Mit der neuen **Polizeischule** soll die Beachtung der urbanen Fragen und Probleme sichergestellt werden.

WIRTSCHAFT: FÜR EINE GEWERBEFREUNDLICHE STADT

Ausgangslage

Die Stadt Zürich ist ein attraktiver Ort für die Wirtschaft und ein wichtiger Motor für die Entwicklung der Schweiz. Die Krise im Finanzsektor konnte sowohl im Bereich der Steuerausfälle als auch in Sachen Arbeitsplatzverluste zumindest teilweise kompensiert werden. Die Stadtzürcher Wirtschaftspolitik kann entsprechend als erfolgreich bezeichnet werden.

Nach wie vor ist Zürich aber durch eine einseitige Wirtschaftsentwicklung geprägt, es findet eine weitere Verlagerung vom Industrie- und Gewerbesektor zum Dienstleistungssektor statt. So verlor die Stadt Zürich in den letzten Jahren sieben Prozent ihrer Gewerbebetriebe (aber nur ein Prozent der Stellen im Gewerbe). Insgesamt stieg die Zahl der Beschäftigten aufgrund der Beschäftigungszunahme im Dienstleistungsbereich.

Verlagerungen innerhalb der Wirtschaft allein sind kein Grund zur Sorge. Wenn aber der Rückgang der Anzahl Gewerbebetriebe vor allem dadurch begründet ist, dass es für Start-ups und kleinere Betriebe schwer ist, geeignete und zahlbare Räume für ihre Tätigkeit zu finden, ist das auch ein Problem der Politik. Die SP will das Raumproblem aktiv angehen.

Erfolgreiche SP-Wirtschaftspolitik

Die SP hat im Oktober 2011 im Papier «Für eine gewerbefreundliche Stadt» ihre Positionen der Öffentlichkeit vorgestellt. Die darin enthaltenen Analysen und Massnahmen stellen eine zentrale wirtschaftspolitische Richtschnur für die SP-Fraktion dar. Konkrete Schritte sind beispielsweise:

- Eine **Finanzpolitik mit stabilem Steuerfuss und konstantem Investitionsniveau** sorgt für berechenbare Rahmenbedingungen. Die SP stützt diese beiden Pfeiler konsequent.
- **Investitionen** in die Attraktivität der Stadt (beispielsweise Sechseläutenplatz, Kunsthaus) sind für **Tourismus und Gastronomie entscheidende Erfolgsfaktoren**.
- Eine gut funktionierende öffentliche Infrastruktur macht die Stadt für die Wirtschaft attraktiv. Eine Baustelle ist ein kurzfristiges Ärgernis für die Betroffenen, aber die Alternative – nämlich die Vernachlässigung der Infrastruktur – würde Bevölkerung und Wirtschaft nachhaltig beeinträchtigen. Insofern konstatiert die SP gerne, dass die Stadt auch äusserst komplexe Bauvorhaben an wichtigen Verkehrsknotenpunkten (Stadelhofen,

Hauptbahnhof) professionell und speditiv abwickelt.

- Die **Raumprobleme der Gewerbebetriebe** werden von allen Fraktionen wahrgenommen und haben zu einer **intensiven Suche nach Arealen** geführt, die für Wohnzwecke nicht geeignet sind, für das Gewerbe aber im besten Fall besonders interessant sein können. Die SP hat selbst Vorschläge für solche Areale eingebracht (beispielsweise die Forderung nach einem Gewerbehaus in Wollishofen) und die Vorschläge anderer Fraktionen unterstützt.
- Konsequenterweise **steht die SP mit am Ursprung des gemeinderätlichen Gegenvorschlags** zu zwei Volksinitiativen des Gewerbeverbands, dank dem ein **KMU-Artikel in der Gemeindeordnung** verankert werden konnte.
- Mit einer konsequenten Fokussierung auf den öffentlichen Verkehr hat die SP einen wichtigen Beitrag geleistet, um die Stadtzürcher Verkehrsprobleme umweltschonend und effizient zu bewältigen. Je mehr Verkehr durch öffentliche Verkehrsträger abgewickelt wird, desto **mehr Platz hat es auf den Strassen für den Berufs- und Gewerbeverkehr**.
- Die SP hat sich dafür eingesetzt, dass die Stadt bei ihrer Auftragsvergabe als korrekte und faire Kundin agiert – eine Selbstverständlichkeit, die aber immer neu zu sichern ist. So wurde beispielsweise kürzlich ein SP-Vorstoss überwiesen, der fordert, dass **offene Rechnungen der Stadt innert 30 Tagen beglichen** werden.
- Mit nachdrücklicher Unterstützung der SP hat die Stadt einen massgeblichen Beitrag dafür geleistet, dass das **«Basislager» von der Binz nach Altstetten verlegt** werden konnte.

Wichtige Grundsätze der SP

- Eine **vielfältige Wirtschaft** hat das Potential, Krisen zu überstehen und den Menschen ein breites Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen anzubieten.
- Die **speziellen Stärken der Stadt Zürich**, insbesondere die Kreativwirtschaft und die Gastronomie, sollen weiter gefördert werden.
- Die **Stadt Zürich soll auch ein Produktionsstandort bleiben**.
- Die **Finanzbranche bleibt ein wichtiges Standbein der Stadtzürcher Wirtschaft**; für



die entsprechend guten Rahmenbedingungen engagiert sich die SP. Im Gegenzug **fordert die SP von den Finanzdienstleistern, volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen**.

- Eine **Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur** vermindert das «Klumpenrisiko» für Steuerausfälle oder Massenentlassungen.
- Die SP ist für faire staatliche Regeln, die für alle gelten und effizient sowie mit Augenmass durchgesetzt werden. **Bürokratische Hemmnisse sind zu reduzieren**. Komplizierte Abläufe sind zu vereinfachen.

Herausforderungen und Ziele 2014–2018

- Die grösste Herausforderung ist und bleibt die **Diversifizierung des Branchenmixes in der Stadt Zürich**: Seit Jahren bezahlen gewisse Grossbanken keine Steuern. Zunehmend sind aber auch die Arbeitsplätze in der Finanzindustrie gefährdet. Es ist daher weiterhin dringlich, dass zukunftsträchtige Wirtschaftszweige zum Beispiel im Cleantech-Bereich oder in der Kreativwirtschaft gefördert werden. Voraussetzung dafür ist, dass genügend günstige Liegenschaften zur Verfügung stehen.
- Die Probleme der **Raumbeschaffung für das Gewerbe** werden uns auch in der nächsten

Legislatur begleiten. Die SP wird dabei weiterhin konsequent auf gemeinnützige BauträgerInnen und VermieterInnen setzen, die ihre Räumlichkeiten dem Gewerbe preisgünstig vermieten.

- Zürich als **Bildungsstandort zu erhalten und auszubauen** ist eine Investition, die auch für die Wirtschaft eine wichtige Rolle spielt. Für die SP ist die Bildung auch in der nächsten Legislatur ein Schwerpunktthema.
- Die **exzellenten Hochschulen auf dem Platz Zürich** (ETH und Universität) sind ein **Standortfaktor von höchstem Wert**. Sie sind sowohl als Forschungs- und Ausbildungsstätten wie auch als Arbeitgeberinnen in wirtschaftlicher Hinsicht von zentraler Bedeutung für unsere Stadt. Ihnen sind daher attraktive Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die auch ihre weitere Entwicklung ermöglichen.
- Das **Angebot in der familienexternen Kinderbetreuung** wächst rasch, aber noch nicht alle haben die Möglichkeit, ihre Kinder betreuen zu lassen. In der nächsten Legislatur wird ein der Nachfrage entsprechender Ausbau der (subventionierten) Betreuungsplätze für die SP prioritär bleiben. Denn auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist – neben zahlreichen anderen Aspekten – ein Standortvorteil für die Wirtschaft.

ARBEITSMARKT UND ARBEITSBEDINGUNGEN: ENTSCHLOSSEN GEGEN DIE KRISE

Ausgangslage

Die Arbeitslosenquote in der Stadt Zürich bewegte sich in den letzten drei Jahren zwischen drei und vier Prozent. Zurzeit sind ungefähr 8000 Personen arbeitslos. Dem stehen knapp 2000 offene Stellen gegenüber. Vollbeschäftigung sieht anders aus. Trotzdem hat sich die Stadt von der Finanzkrise von 2008 relativ schnell erholt – im Vergleich zur restlichen Schweiz jedoch mit einer fast einjährigen Verspätung (Quelle: Wirtschaftsbarometer Zürich Frühling 2013). Durch den erhöhten Regulierungsdruck im Bankensektor ist zu erwarten, dass dessen Anteil an der gesamten Wertschöpfung abnehmen wird. Der Abhängigkeit der Stadtzürcher Wirtschaft von Finanzdienstleistenden ist mit einer verstärkten Diversifizierung der Beschäftigungsfelder entgegenzuwirken. Dies ist umso wichtiger, da die Bindung an den Standort Zürich durch die stetige Internationalisierung abnimmt. Dem steht die Tatsache gegenüber, dass viel zu zahlreiche KMU aufgrund hoher Mietkosten in die Agglomeration weichen müssen. Nicht alle können jedoch vom Arbeitsmarkt profitieren: Einerseits kann der Bedarf an technischen Fachkräften nur ungenügend mit in Zürich wohnenden Personen gedeckt werden, andererseits ist die Zahl der Arbeitslosen im Gastgewerbe und im Verkauf weiterhin vergleichsweise hoch. Auch dürften die Arbeitsplätze in der Banken- und Versicherungsbranche zunehmend unsicher sein.

Erfolgreiche SP-Arbeitsmarktpolitik und Einsatz für gute Arbeitsbedingungen

- Die SP hat **massgeblich am erfolgreichen Gegenvorschlag zum KMU-Artikel in der Gemeindeordnung** mitgearbeitet. Die KMU sind das Rückgrat der Zürcher Wirtschaft und müssen mit günstigen Rahmenbedingungen unterstützt und gefördert werden. Dies ist für eine robuste lokale Wirtschaft und insbesondere für das Arbeitsplatzangebot wichtiger als Steuersenkungen für internationale Grosskonzerne.
- Baustellen können ein Ärgernis sein. Richtig schlimm ist es aber, wenn die **Bestimmungen der Gesamtarbeitsverträge** nicht eingehalten werden – sei es wegen Kosten- oder wegen Zeitdruck. Die Stadt Zürich muss auf ihren Baustellen die Rechte der Arbeitnehmenden schützen und durchsetzen. Dazu gehören insbesondere Vorgaben und Empfehlungen zum Schutz der BauarbeiterInnen bei Hitze und Kälte – Schutz der Gesundheit ist oberstes Gebot. Hierzu hat die SP mit zwei überwiesenen Vorstössen beigetragen.
- Auf Initiative der SP wird ein **Entschädigungsfonds für Asbestopfer**, die aufgrund ihres Dienstes bei der Stadt erkrankt oder gestorben sind, eingerichtet.
- Die SP setzt sich für eine **Reduktion der Arbeitszeiten und für bessere Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals** ein. So beauftragte eine Mehrheit des Gemeinderats den Stadtrat, für das Gesundheitspersonal hinsichtlich der Arbeits- und Ruhezeiten die Schutzbestimmungen des Arbeitsgesetzes anzuwenden. Der Stadtrat hat den unliebsamen und für das Personal belastenden Bereitschaftsdienst im Waidspital denn auch abgeschafft, was die SP sehr begrüsst.
- Und: Das **Qualifikationssystem für VBZ-ChauffeurInnen**, welches nachweislich zu erhöhtem Stress und Unsicherheit geführt hat, wurde auf Druck der SP und der Gewerkschaften **verbessert**.
- Der Gemeinderat hat eine SP-Motion überwiesen, die einen **besseren Gesundheitsschutz für alle schwangeren und stillenden Frauen** fordert, die bei der Stadt Zürich angestellt sind. Der Gesundheitsschutz soll mindestens dem Schutzniveau des Arbeitsgesetzes entsprechen.
- Das **Case Management am Arbeitsplatz** wurde definitiv eingeführt, so dass erkrankte oder verunfallte Mitarbeitende möglichst rasch und mit Respekt an ihren Arbeitsplatz reintegriert werden.
- Bei städtischen Lernenden gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss. Dies wird über ein Zwischenjahr ermöglicht. Dank einem überwiesenen SP-Vorstoss soll es für **Jugendliche mit Betreuungspflichten** – beispielsweise junge Mütter – künftig möglich sein, eine **Lehre bei der Stadt Zürich in Teilzeitanstellung** zu absolvieren.
- Weiter wurde der Stadtrat durch eine von der SP initiierte Motion beauftragt, dafür zu sorgen, dass **in Kaderpositionen der Stadtverwaltung Frauen wie Männer mit je mindestens 35 Prozent vertreten** sein sollen.
- Schliesslich wird aktuell auf Forderung der SP überprüft, wie **Jobsharing bei gewählten Vollämtern** eingeführt werden kann.



Wichtige Grundsätze der SP

- Die SP der Stadt Zürich setzt sich dafür ein, dass die Krise nicht die Falschen trifft. Deshalb befürworten wir **Investitionen in die Wohnbauförderung**, in den **öffentlichen Verkehr**, in den **ökologischen Umbau der Wirtschaft**, in die **Bildung**, in die **Infrastruktur** sowie in die **Kinderbetreuung**.
- Wir wollen **gute Arbeitsbedingungen für alle Angestellten** in der städtischen Verwaltung.
- Steuersenkungen für Reiche** sind nicht angebracht – ebensowenig **Krisenverschärfende Sparprogramme**.
- Sozialabbau lehnen wir ab: Die SP ist und bleibt Garant für, dass die sozialen **Errungenschaften nicht aufs Spiel gesetzt werden**. Gleiches gilt für die Arbeitsbedingungen: Es darf nicht sein, dass diese verschlechtert und die Arbeitszeiten verlängert werden. Die Krise darf nicht auf dem Buckel der Arbeitnehmenden ausgetragen werden.

Herausforderungen und Ziele 2014–2018

- Studien belegen, dass die Steuern für Unternehmen nicht zu den wichtigsten Standortfaktoren zählen: Viel wichtiger ist eine gut ausgebaute und funktionierende öffentliche Infrastruktur – mit einer **Verstärkung der städtischen Investitionspolitik** wird die SP

auch in Zukunft dafür sorgen, dass hier keine Lücke klafft.

- Bei Ansiedlungen von neuen Firmen setzt die SP auf **dauerhafte Arbeitsplätze**. Wir hinterfragen die aggressive Anwerbungspolitik von Headquartern, welche nach Ablauf von Steuerbegünstigungen in vielen Fällen weiterziehen. Wir begrüssen es, wenn die Standortförderung alle Auswirkungen ihrer Bemühungen – wie zum Beispiel Effekte auf einen angespannten Wohnungsmarkt – in ihre Politik einbezieht.
- Der **gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt** kann nur mit einem **genügenden Krippen- und Hortangebot** gewährleistet werden. Die SP wird sich weiterhin für ein bedarfsgerechtes Angebot stark machen und mit abgestuften Tarifen die Voraussetzung dafür schaffen, dass sich Arbeit immer lohnt.
- Die SP anerkennt das gute Personalrecht der Stadt Zürich, sieht aber weiterhin **punktuellen Handlungsbedarf hinsichtlich der Arbeits- und Ruhezeiten des Gesundheitspersonals**. Dafür ist eine Aufstockung der personellen Ressourcen unumgänglich. Dies ist mit Kosten verbunden. Die SP erachtet diese aber als Investition in die Gesundheit unserer Bevölkerung und des Gesundheitspersonals.

BILDUNG UND JUGEND: FÜR EIN ZUKUNFTSFÄHIGES ZÜRICH

Ausgangslage

Die Volksschule erlebte in der jüngsten Vergangenheit zahlreiche Reformen, ausgelöst namentlich durch das neue Volksschulgesetz, das seit 2007 im Kanton Zürich gilt. So werden heute etwa die früheren Sonderschülerinnen und Sonderschüler im Rahmen der integrativen Förderung in den Regelklassen unterrichtet. Und unter dem Motto «Lebensraum Schule» verschmelzen die traditionellen Bereiche Schule und Betreuung organisatorisch und institutionell immer stärker.

Auf die Einführung und Umsetzung der Reformen folgte eine Phase der Konsolidierung und der Auswertung erster Erfahrungen, in der sich die Volksschule in der Stadt Zürich gegenwärtig befindet. Zugleich ist es unumgänglich, die Schule konstant weiter zu verbessern, auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen auszurichten und für neue Entwicklungen offen zu halten. Für die Lehrkräfte, das Betreuungspersonal und alle in der Schule Tätigen stellt die stete Veränderung eine grosse Herausforderung dar und verlangt eine hohe Bereitschaft, diese mitzutragen. Entsprechend ist es von zentraler Bedeutung, dem Schulpersonal gute Arbeitsbedingungen und ein attraktives Umfeld zu ermöglichen. Gleichzeitig nimmt durch die zunehmende Nachfrage nach Betreuungsplätzen sowie durch Investitionen, die aufgrund des Wachstums der Stadt und der steigenden Geburtenrate im Bereich der schulischen Infrastruktur nötig werden, der Kostendruck zu.

Angesichts der zentralen Bedeutung (vor-)schulischer Bildung für einen guten Start ins Leben und für eine Gesellschaft, in der Chancen gleichmässiger verteilt sind, gilt es, die Volksschule nachhaltig weiterzuentwickeln. Gleiches gilt auch für den Hochschulstandort Zürich, der in bildungspolitischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht für die Stadt von erheblicher Bedeutung ist. Ebenso bleibt es zentral, dass genügend Lehrstellen für Jugendliche zur Verfügung stehen. Auch wenn es um diese Thematik ruhiger geworden ist, ist es noch immer unerlässlich, dem Übergang von der Schule ins Berufsleben höchste Aufmerksamkeit zu widmen.

Zu einer aktiven Bildungs- und Jugendpolitik gehört für die SP auch der Einsatz zugunsten des Sports. Insbesondere Kinder und Jugendliche sollen möglichst viel Gelegenheit erhalten, sich zu bewegen und sportlichen Tätigkeiten nachzugehen. Mädchen sind speziell zu fördern, da sie in

vielen Sportarten kaum vertreten sind. Nicht zu vergessen: Sportprojekte sind vielfach auch Integrationsprojekte. Wir begrüssen die Angebote des Schul- und Sportdepartements ebenso wie diejenigen der Sportvereine. Auch weitere Anbietende – beispielsweise die OJA (Offene Jugendarbeit) mit dem Projekt «Midnight Sports» – tragen zur sportlichen Vielfalt bei.

Erfolgreiche SP-Bildungs- und Jugendpolitik

- Die **Frühförderung von Vorschulkindern** konnte im Rahmen eines eigenen Legislatorschwerpunkts in mehreren Kindertagesstätten erfolgreich als Priorität etabliert und erprobt werden.
- Die **Zahl der (subventionierten) Krippen sowie der Hortplätze konnte in der gesamten Stadt Zürich noch einmal stark erhöht werden**. Die Förderung der ausserfamiliären Betreuung im Vorschul- wie im Schulbereich konnte noch einmal stärker als Förderung des Mittelstands etabliert werden.
- Im Rahmen einer Grundsatzdebatte zu Schulfragen wurde im Gemeinderat – auch aufgrund einiger SP-Vorstösse – beschlossen, dass die **Volksschule in der Stadt Zürich künftig in der Regel in einem Tagesschulmodell** organisiert sein soll.
- Mit dem **Schulhaus Blumenfeld** in Zürich-Affoltern konnte ein grosses Schulhausprojekt in einem der wichtigsten Entwicklungsgebiete Zürichs endlich beschlossen werden. Das Schulhaus wird auch dank der SP ohne bauliche Abstriche realisiert werden können.
- Mit einem von der SP beantragten bedarfsgerechten **Ausbau konnte die Schulsozialarbeit** gestärkt werden.
- In der Stadtverwaltung konnte die **Anzahl Lehrstellen kontinuierlich und markant erhöht** werden: Heute bildet die Stadt in 48 Berufungen über 1000 Lernende aus.
- Dieses Jahr konnte endlich die langersehnte und durch eine SP-Motion angestossene **Freestyle-Anlage in der Allmend eröffnet** werden. Solche Freiräume, die Jugendliche selbständig nutzen können, sind für ihre Entwicklung zentral.

Wichtige Grundsätze der SP

- **Frühförderung** spielt eine wichtige Rolle bei der **Verbesserung der Chancengleichheit**. Ein entsprechendes Angebot ist wichtig, um

möglichst vielen Kindern einen erfolgreichen Start in die Schulzeit zu ermöglichen.

- Alle Kinder müssen – unabhängig von ihrer Herkunft, dem sozialem Status und dem Geschlecht – Zugang haben zu einer **Volksschule, in der sie optimal gefördert werden**.
- Die Schule erfüllt einen zentralen gesellschaftlichen Grundauftrag und ist den sich verändernden gesellschaftlichen Herausforderungen besonders ausgesetzt. Um ihrem Auftrag nachkommen und die ihr übertragenen Aufgaben übernehmen zu können, ist sie auf **hochqualifiziertes Personal und gute Rahmenbedingungen** angewiesen. Hierfür müssen der Schule die nötigen Ressourcen zur Verfügung stehen.
- Schule und Betreuung gehören unter ein Dach: Die **Weiterentwicklung der Schule in Richtung eines Tagesschulmodells** ist zu fördern, denn diese bringt anerkannte pädagogische Vorteile und verbessert den Zugang zu Bildung für alle.
- Dabei gilt: Auch im Bereich der Betreuung muss eine **hohe Qualität des Angebots** gewährleistet sein, wofür ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen müssen.
- Die **integrative Förderung**, wie sie mit dem aktuellen Volksschulgesetz umgesetzt wird, ist zu stärken. Auch hierfür sind die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.
- Die **Behördenstruktur der Volksschule** soll gewährleisten, dass diese gut in der Bevölkerung verankert bleibt. Dabei spielen heute die Kreisschulpflegen eine wichtige Rolle. Sie üben nicht zuletzt die demokratische Kontrolle über die Volksschule aus.
- Die Jugendlichen müssen die Möglichkeit haben, dank einer Lehre oder einem Studium den **Einstieg ins Berufsleben** zu schaffen. Das duale Bildungssystem der Schweiz erweist sich gerade in Krisenzeiten als Erfolgsmodell, das zu einer im Vergleich sehr tiefen Jugendarbeitslosigkeit führt.
- Die **Vielfalt der Sportangebote** für Kinder und Jugendliche und der Breitensport generell sollen gefördert werden. Entsprechende Angebote von Privaten müssen gute Rahmenbedingungen vorfinden. Die Förderung des Mädchensports ist besonders zu beachten.

Herausforderungen und Ziele 2014–2018

- Die **Weiterentwicklung der Volksschule** in

der Stadt Zürich zu einem Modell, in dem Schule und Betreuung sowohl pädagogisch als auch institutionell unter einem Dach vereint sind, muss weitergeführt werden. In diesem Modell werden die Schulen im Regelfall und an den meisten Tagen der Woche als **Tagesschulen** geführt. Nur so können alle Kinder von den anerkannten pädagogischen Vorteilen dieser Schulform profitieren. Ausserdem wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter gefördert.

- Bei der Umsetzung dieser Weiterentwicklung muss der **Qualität sowohl des Unterrichts als auch der Betreuung** höchste Beachtung geschenkt werden. Nicht Kostenoptimierung, sondern eine starke und zukunftsfähige Volksschule für alle muss das Ziel sein.
- Zur Sicherung der Qualität im Unterricht und zur Stärkung der Volksschule muss die Stadt gemeinsam mit dem Kanton für Strukturen sorgen, in denen sich die **Lehrkräfte auf ihr Kerngeschäft konzentrieren** können. Hierzu ist es wichtig, die in der Schule Tätigen bestmöglich von administrativen Aufgaben zu entlasten und bürokratische Auswüchse abzubauen.
- Im Zuge anstehender Gesetzesänderungen auf Kantonsebene ist sorgfältig abzuwägen, welches **Organisationsmodell für die Schulbehörden** dem Ziel einer starken und zukunftsfähigen Volksschule am besten dient. Die SP misst dabei der **Verankerung der Schule in der Bevölkerung** grosse Bedeutung zu.
- Die **Umsetzung der integrativen Förderung** muss mit ausreichend Ressourcen weitergeführt werden. Optimierungen sind auf der Grundlage gesammelter Erfahrungen und durchgeführter Evaluationen umgehend vorzunehmen.
- Es braucht auch weiterhin ein **genügendes Lehrstellenangebot**, das die Stadt aktiv mitgestaltet. Zugleich sind die Anschlusslösungen für SchulabgängerInnen ohne Lehrstelle oder Ausbildungsplatz zu stärken. Denn der Grundsatz «kein Abschluss ohne Anschluss» muss auch künftig uneingeschränkt gelten.
- Im Bereich der Sportförderung braucht es **zusätzliche Fussballfelder für den Breitensport**, um der weiterhin bestehenden grossen Nachfrage zu begegnen.

KULTUR: GELD UND RÄUME BEREITSTELLEN

Ausgangslage

Zürich besitzt eine vielfältige und äusserst lebendige Kulturszene, um die wir weit herum beneidet werden. Zürichs kulturelle Blüte ist eine wichtige Grundlage unserer Lebensqualität, ein zentraler Aspekt von Zürichs Attraktivität aus wirtschaftlicher und aus touristischer Sicht und – in Verbindung mit der zum Teil dem Kulturschaffen zuzurechnenden Kreativwirtschaft – ein inzwischen auch an zahlenmässiger Bedeutung nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Zum Nährboden, das heisst zu den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, die ein solch pulsierendes Kulturleben möglich machen, ist Sorge zu tragen. Aus SP-Sicht ist dies eine der wichtigsten Aufgaben städtischer Kulturpolitik. Ihr nachzukommen bedeutet dabei nicht bloss, genügend Geld in Form von Kultursubventionen und Förderbeiträgen zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort zu investieren. Diese zentrale politische Aufgabe wahrzunehmen heisst zuweilen auch, zur richtigen Zeit am richtigen Ort nichts zu unternehmen. So können die dringend benötigten Freiräume entstehen oder weiter existieren, ohne die kulturelles Schaffen sich nicht zu entfalten vermag. Und es bedeutet gerade in einer Zeit steigender Immobilienpreise, dazu beizutragen, dass das Kulturschaffen die Räume – Ateliers, Proberäume, Lagerstätten – findet, in denen es überhaupt erst stattfinden kann.

Erfolgreiche SP-Kulturpolitik

- Das **städtische Kulturleitbild** für die Jahre 2012–2015 konnte in der Form, wie es SP-Stadtpräsidentin Corine Mauch vorgelegt hat, verabschiedet werden.
- Für alle vom Stadtrat vorgelegten **Subventionsbegehren für kleine und grosse Kulturinstitute** konnten im Gemeinderat Mehrheiten gefunden werden.
- Auf Antrag des Stadtrates konnten teilweise auch **Erhöhungen der Subventionen beschlossen** werden. Dabei geht es in den meisten Fällen um Beträge, die für die betroffenen Institutionen überlebenswichtig sind, im gesamten Budget der städtischen Kulturförderung aber eher geringe Veränderungen ausmachen.
- Zwei wichtigen **Kulturbauten konnte im Gemeinderat und in Volksabstimmungen zu soliden Mehrheiten verholfen** werden: dem Erweiterungsbau des **Landesmuseums** und

dem von der SP mittels Motion angestossenen Erweiterungsbau des **Kunsthhauses**. Zusammen mit dem «Garten der Künste» wird am Heimplatz ein auch städtebaulicher Meilenstein für die Kulturstadt Zürich entstehen.

- Mit dem **Umbau des Löwenbräu-Areals** entsteht im boomenden Zürich-West ein Hot-Spot der Gegenwartskunst.
- Die **freien Kredite für Kulturschaffende** konnten leicht erhöht werden.
- Für das **Dada-Jubiläum 2016** konnte trotz anfänglichen Widerstands und dank eines pragmatischen Vorgehens zuerst ein Konzeptbeitrag, dann auch ein eigentlicher Festivalbeitrag gesprochen werden.
- Im Kampf gegen die ungelösten Raumprobleme für das kulturelle Schaffen konnten **attraktive Zwischennutzungen** (Migros Herdern, teilweise «Werkerei» Schwamendingen) ermöglicht werden.
- Mit der **Subventionserhöhung für das Theater PurPur und der Subvention für das Junge Schauspielhaus** wurden im Bereich der Kinder- und Jugendkultur zwei wichtige Institutionen auf eine dauerhafte Basis gestellt. Die SP hat sich für beide Vorlagen stark gemacht. Denn sie sind Teil der Strategie zur Stärkung der Kinderkultur in der Stadt Zürich, welche die Stadt als Alternative zu einem eigentlichen Kinderkulturhaus verfolgt.

Wichtige Grundsätze der SP

- Das kulturelle Angebot Zürichs und damit die unterstützten Institutionen müssen darauf ausgerichtet sein, dass **Kultur für alle zugänglich und bezahlbar** ist.
- Kultur soll **in allen Quartieren angeboten** werden.
- Die **freie Szene** in allen Bereichen des Kulturschaffens ist ein **wichtiger Pfeiler einer lebendigen Kulturstadt Zürich**. Die freie Szene bedarf der angemessenen Förderung und Wertschätzung. Sie ist auf transparente und faire Vergabeprozesse für öffentliche Fördermittel angewiesen. Zudem sind Freiräume nötig, damit Kreativität erst entstehen kann.
- Die **Schule spielt eine wichtige Rolle bei der Vermittlung des Zugangs zu Kultur**. Das entsprechende Engagement der Schule ist zu stärken.



- **Kulturschaffende sind auf günstige Räume angewiesen.** Dieser Bedarf übersteigt das Angebot. Die städtische Kulturpolitik kann mit der Vergabepaxis ihrer Ateliers und Probelokale und bei der Vermittlung von Räumen (z. B. Zwischennutzungen) eine aktive Rolle spielen.

- Der **Stellenwert der Kunst im öffentlichen Raum** muss wieder vermehrt ins öffentliche Bewusstsein gerufen werden.
- Öffentlicher Raum soll für kulturelle Nutzungen zur Verfügung stehen, sowohl für Anlässe in den Quartieren als auch für grosse Veranstaltungen. Dabei muss über die **Verrechnung von Eigenleistungen der Stadt** sowie – für nichtkommerzielle Anlässe – über Forderungen nach **Gebührenerlass für die Nutzung des öffentlichen Grundes** diskutiert werden.

Herausforderungen und Ziele 2014–2018

- Die **grosse Vielfalt des Zürcher Kulturschaffens**, die zum Teil dank städtischer Subventionen erst ermöglicht wird, muss auch mit Blick auf die angespanntere Finanzlage der kommenden Jahre **gesichert werden**. Dazu sind sichere politische Mehrheiten notwendig.
- Die **Verfügbarkeit freier Kredite muss gesichert und wenn möglich ausgebaut werden**. Oftmals hinkt die Kulturförderung aus verständlichen Gründen der künstlerischen Entwicklung hinterher. Daher sind freie Kredite für Gruppen und Einzelpersonen von grosser Bedeutung.
- Die Stadt muss weiterhin der **sozialen Sicherheit der Kulturschaffenden** hohes Gewicht beimessen und aktiv zu den nötigen Verbesserungen beitragen.
- Die Politik muss weiterhin eine **aktive Rolle spielen bei der Bereitstellung der nötigen Räume für Kulturschaffende**.

ENERGIE UND UMWELT: FÜR EIN STARKES ENGAGEMENT DER ÖFFENTLICHEN HAND

Ausgangslage

Der Energiebereich ist in Bewegung, insbesondere hinsichtlich Energiewende und Strommarkt: Aufgrund des Volksentscheids von 2008, in Zürich bis ins Jahr 2050 die 2000-Watt-Gesellschaft umzusetzen, hat sich der Stadtrat auf den Weg gemacht und orientiert sich seither im Rahmen seiner Energiepolitik an dieser Forderung. In diesem Zusammenhang fordert auch der Gemeinderat, stets mit der SP als treibender Kraft, regelmässig mit Vorstössen Massnahmen in Richtung Energiewende. Seit 2009 ist der Strommarkt in der Schweiz teilliberalisiert. Dies bedeutet, dass KundInnen mit einem Jahresverbrauch von mehr als 100 000 kWh ihre StromlieferantInnen frei wählen können. Erste KundInnen verlassen das ewz, andere neue kommen hinzu, sprich: Das ewz als Teil der Stadtverwaltung ist diesem Markt ebenfalls ausgesetzt. Zugleich ist es eines der wichtigsten Instrumente, damit Zürich die Energiewende pionierhaft mitgestalten kann und zielgerichtet auf eine Zukunft hinarbeiten kann, in der unser Strombedarf mit erneuerbaren Energien gedeckt wird. Deshalb ist es eine der zentralen Herausforderungen im Energiebereich, das ewz als Akteur der öffentlichen Hand so zu stärken, dass es im veränderten Marktumfeld dauerhaft bestehen und zugleich die Zukunft mitprägen kann.

Doch nicht nur im Energiebereich, sondern auch in anderen Bereichen der Umweltpolitik gibt das 2000-Watt-Ziel der Stadt Zürich die Richtung vor. Die notwendige Reduktion des Treibhausgas-Ausstosses und des Energieverbrauchs sind eine immense Herausforderung. Auch die Feinstaubbelastung und die Lärmbelastung sind weiterhin ein grosses Thema. Oft schränken kantonale und eidgenössische Gesetze dabei die Massnahmen ein, welche die belasteten Gebiete in der Stadt entlasten könnten.

Erfolgreiche SP-Energie- und Umweltpolitik

- Im Sommer 2011 konnten zwei Motionen überwiesen werden, die den **Atomausstieg bis 2034** verlangen und eine **Strategie** zur Erreichung dieses Ziels einfordern.
- Mit verschiedenen Vorstössen konnte der Anstoss gegeben werden, ökologischen Anliegen bei der **Tarifrevision** des ewz noch grösseres Gewicht beizumessen.
- Mit mehreren überwiesenen Vorstössen hat die SP dazu beigetragen, dass **Zürich im Bereich der Förderung der erneuerbaren**

Energien und der Energieeffizienz seine Vorreiterrolle ausbauen konnte. Auch konnte die Vorbildfunktion der Stadt beim ausschliesslichen Verbrauch ökologisch produzierten Stroms gestärkt werden, indem ein von der SP mitinitiiertes Vorstoss überwiesen wurde, der verlangt, dass die städtischen Dienstabteilungen ihren Strombedarf zu 100% durch naturemade.star-zertifizierte oder gleichwertige Produkte decken.

- Kommunale Wohnsiedlungen und Schulhäuser (z.B. Siedlung Kronenwiese und Schulhaus Blumenfeld) werden heute stets nach einem **vorbildlichen energetischen Standard** gebaut.
- Darüber hinaus konnte die Förderung der Sanierung bestehender Gebäude und von **Null-Energie-Bauten** verstärkt werden.
- Die Forschung in **Tiefengeothermie** durch die Stadt wird vermehrt gefördert und unterstützt.
- Die Stadt Zürich bietet Unternehmen seit einiger Zeit erfolgreich ein **Energie-Coaching** an. Dies soll nun weiter geführt werden können. Die Geschäftsstelle Energie-Coaching leistet professionelle Beratung bei Energiefragen, etwa mit Blick auf energetische Sanierungen oder Fragen zum Ersatz von Heizsystemen.
- Der **Oeko-Kompass** ist ein Beratungsangebot für kleinere Unternehmen, wie sie ihre Tätigkeit ökologischer und energiesparender aufbauen und weiterführen können. Die Beratungsangebote des städtischen Gesundheits- und Umweltdepartementes sind ein wichtiger Bestandteil der Massnahmen für die 2000-Watt-Gesellschaft. Mit den Pilotprojekten werden die regionale Kreislaufwirtschaft und Produktionsketten mit kurzen Transportwegen gefördert.

Wichtige Grundsätze der SP

- Wir wollen die **Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft weiterverfolgen** und griffige Massnahmen umsetzen.
- Wir wollen die **Energiewende** – und zwar mit einer Stadt Zürich, die als Vorbild voranschreitet: **Dies beinhaltet den Ausstieg aus der Atomenergie (bis 2034) und die gezielte Förderung neuer erneuerbarer Energien.** Überdies verlangt die Energiewende aus städtischer Sicht nach einer Erneuerung der Wasserkonzessionen für das ewz.



- Das **ewz darf nicht privatisiert werden**, sondern muss in der Hand der Stadt bleiben. Es soll so viele Kompetenzen wie nötig und wie politisch verantwortbar erhalten.

Herausforderungen und Ziele 2014–2018

- Dem **ewz muss eine Entwicklung ermöglicht werden**, die es ihm erlaubt, zum (nationalen) Branchenleader für ökologische Stromversorgung zu werden. Es muss sich auch weiterhin als innovativer, glaubwürdiger und unter dem Strich wirtschaftlicher Betrieb im Markt behaupten können, denn es ist ein wichtiges Instrument der Stadt für eine **starke Rolle der öffentlichen Hand in der Energie- und Umweltpolitik.**
- Die Rendite des ewz soll nicht nur mit Stromverkauf erreicht werden, sondern auch mit **Beratung und Energie-Dienstleistungen.**
- Die auslaufenden **Wasserkonzessionen des ewz müssen erneuert werden** können, wofür die nötige politische Unterstützung unerlässlich ist. Ebenso ist die Finanzierung der notwendigen Investitionen zu gewährleisten. Die kommende Tarifrevision beim ewz muss den ökologischen Zielen Rechnung tragen und zugleich der Versorgungssicherheit zu vernünftigen Preisen dienen.

- Die Stadt Zürich hat den Auftrag, die **Gesetzgebung des Bundes im Bereich der Lärmschutzverordnung** umzusetzen. Dazu werden Lärmschutzfenster und Lärmschutzwände eingesetzt. Wir bevorzugen aber **Massnahmen an der Quelle – z. B. flächendeckende Tempo-30-Zonen.**
- Im Bereich Klimaschutz wollen wir die **Förderung von Null-Energie-Bauten** vorantreiben. Dazu sollen bestehende und neue Gebäude energetisch besser gebaut werden.
- Der Flughafen ist eine wichtige Infrastruktur. Doch schon heute lebt jede vierte vom Fluglärm betroffene Person (gemäss Zürcher Fluglärm Index) im Süden des Flughafens und jede siebte Person innerhalb der Stadtgrenzen von Zürich. Dies besonders in Schwamendingen und Seebach. Nun sollen nach dem Willen des Bundes zusätzlich **Südstarts geradeaus** möglich werden – das ist definitiv zu viel! **Dieser Entwicklung muss** von Seiten der Stadt zusammen mit dem Kanton **Einhalt geboten werden.** Ebenso gilt es, den Dübendorfer Flughafen für die gesamte Bevölkerung zu nutzen, statt für Businessjets zu öffnen.

VERKEHR: FÜR EINEN AUSBAU DES ÖV UND FÜR MEHR FUSS- UND VELOVERKEHR

Ausgangslage

Am 4. September 2011 hat die Stadtzürcher Bevölkerung mit der Annahme der Städte-Initiative beschlossen, die Förderung des öffentlichen Verkehrs (öV) sowie des Fuss- und Veloverkehrs in der Gemeindeordnung der Stadt Zürich zu verankern. Zudem soll die Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs geschützt und darf die Kapazität für den motorisierten Individualverkehr nicht weiter erhöht werden. Mit der Städte-Initiative hat sich die Stadt Zürich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Der prozentuale Anteil des öV sowie des Fuss- und Veloverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen soll bis in 10 Jahren um mindestens 10 Prozentpunkte erhöht werden.

Erfolgreiche SP-Verkehrspolitik

- Im November 2010 sagte das Stadtzürcher Stimmvolk Ja zur neuen **Parkplatzverordnung**. Auch dank der SP ist es heute möglich, in Zürich **autoarm** zu wohnen, d. h. ohne die gesetzlich vorgeschriebenen Parkplätze, die Baukosten und Mieten verteuern. Dies nutzen beispielsweise die Genossenschaft Kalkbreite oder die Baugenossenschaft Zurlinden.
- Die durch die flankierenden Massnahmen zur Westumfahrung erreichten Autoverkehrsreduktionen werden beispielsweise mit der Umgestaltung der **Birmensdorferstrasse** und der **Soodstrasse** nachhaltig gesichert.
- Unter anderem dank der SP nahm mit dem **Tram Züri-West** im Dezember 2011 die erste Tramlinie seit über 20 Jahren ihren Betrieb auf.
- Der Gemeinderat überwies dem Stadtrat eine von der SP mitinitiierte Motion, die ein **durchgehendes Velowegnetz** in der Stadt Zürich fordert. Ein SP-Postulat, das die **vermehrte farbliche Kennzeichnung** von gefährlichen Stellen fordert, fand ebenfalls eine Mehrheit. Mit einer Machbarkeitsstudie konnte aufgezeigt werden, dass ein Veloweg über die Hardbrücke möglich ist.
- Verschiedene Strassenräume konnten dank dem Engagement der SP umgestaltet werden – so etwa die **Seefeldstrasse** und die **Schmiede Wiedikon**. Zudem werden die Tramhaltestellen Hottingerplatz, Römerhof, Hölderlinstrasse für einen zukünftigen Bus von Witikon zum Central vorbereitet.

- Gemeinsam mit dem Gewerbeverband, aber gegen den Widerstand der FDP und der SVP ist es der SP gelungen, mit der neuen **Parkkartenverordnung zur Blauen Zone** die Gebühren für das Gewerbe zu senken. So konnten speziell für KMU die Rahmenbedingungen verbessert werden.

Wichtige Grundsätze der SP

- **Umsteigen fördern:** Öffentlicher Verkehr, Fuss- und Veloverkehr sowie die kombinierte Mobilität sollen weiter an Attraktivität gewinnen.
- **Sicherheit für Fuss- und Veloverkehr:** Fussgängerinnen, Fussgänger und Velofahrende werden immer noch zu oft Opfer des motorisierten Verkehrs. Deshalb muss die Verkehrssicherheit mit gestalterischen, betrieblichen und rechtlichen Massnahmen erhöht werden.
- **Ausbau des öffentlichen Verkehrs:** Der öffentliche Verkehr ist – speziell in der Stadt – ein effizientes Transportmittel. Die neuen Siedlungsgebiete müssen mit Bussen und Tramlinien gut erschlossen werden. Nur ein komfortables Angebot lädt zum Umsteigen ein. So sollen die Haltestellen konsequent behindertengerecht umgestaltet werden; behindertengerechte Haltestellen sind automatisch auch für Menschen mit Einkaufstaschen, Kinderwagen und Gepäck komfortabel.
- **MIV umleiten:** Der motorisierte Individualverkehr muss im innerstädtischen Gebiet auf den Hauptachsen kanalisiert werden. Der Durchgangsverkehr soll um die Stadt herumgeleitet werden.
- **Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten:** Das vorhandene Wissen und die Bedürfnisse der Quartierbevölkerung müssen bei der Umgestaltung von Strassen und Plätzen miteinbezogen werden.

Herausforderungen und Ziele 2014–2018

- Der **Strassenraum in den Quartieren muss kontinuierlich zum Lebensraum umgestaltet werden**. Dabei müssen die 31 Quartierzentren gemäss der städtischen Mobilitätsstrategie weiter umgebaut werden. Fuss- und Veloverkehr sollen konsequent priorisiert werden.
- Der **Ausbau des Tramnetzes** muss fortgeführt werden (Tram Hardbrücke, Tram nach



Affoltern). Die Tramlinien 4 und 17 sollen auch in den Randzeiten wieder häufiger fahren. Damit der öV nicht Opfer seines eigenen Erfolgs wird, muss der Ausbau rechtzeitig und langfristig geplant werden.

- Die **kleinräumige Erschliessung von Quartieren durch Quartierbusse** ist fortzuführen und punktuell auszubauen (beispielsweise Bus 77). Dies gilt besonders in Neubauquartieren. Allenfalls sollen mit dem ZVV neue Vereinbarungen getroffen werden.
- Mit dem **Masterplan Velo** hat der Stadtrat aufgezeigt, wie der Veloverkehr in der Stadt Zürich gefördert werden kann. Dieser muss nun auch umgesetzt werden. Insbesondere ist das Velonetz in der Stadt Zürich weiter auszubauen. Der Ausbau darf jedoch nicht zu Lasten von Gehflächen gehen, weil Fussgängerinnen und Fussgänger als schwächste Verkehrsteilnehmende besonderen Schutz benötigen.
- Ein **gesamtstädtisches, leistungsfähiges Veloverleihsystem** mit genügend Stationen soll aufgebaut werden. Versuche mit verschiedenen Systemen begrüssen wir sehr.
- Weil neue Strassen zu mehr Verkehr führen, **lehnt die SP Waidhalde- und Stadttunnel ab**. Wir akzeptieren keine neuen Autobahnen in der Stadt. Der Verkehr muss auf den öf-

fentlichen Verkehr sowie auf den Fuss- und Veloverkehr umgelagert werden.

- Der bestehende **Parkplatzüberhang bei privaten Parkieranlagen**, der nicht mehr den gültigen rechtlichen Vorgaben entspricht, muss aktiv abgebaut werden, damit der Platz für neue Nutzungen zur Verfügung steht.

SOZIALPOLITIK: FÜR EIN TRAGFÄHIGES SOZIALES NETZ

Ausgangslage

Menschen in Notlagen haben ohne Wenn und Aber ein Anrecht auf soziale Sicherheit. Dafür steht die SP uneingeschränkt ein. Es gibt verschiedene Gründe, warum jemand in unserer Gesellschaft vorübergehend oder dauernd nicht fürs eigene Einkommen aufkommen kann. Sei dies aufgrund von wirtschaftlichen Krisen und Umwälzungen, aufgrund des Alters, Gesundheitszustands oder eines persönlichen Schicksalsschlags. Das Ziel ist es, dass diese Menschen wieder eine Perspektive erhalten und auf eigenen Beinen stehen können. Wo dies nicht gelingt, muss dennoch ein Leben in Würde möglich sein.

Blickt man auf die zurückliegenden Jahre, so ist für die SP erfreulich, dass die Fallzahlen in der Sozialhilfe trotz des anhaltenden Bevölkerungswachstums unverändert blieben und so eine sinkende Sozialhilfequote resultierte. Für die SP ist eine gute Sozialpolitik aber weit mehr als Sozialhilfe. Zur Sozialpolitik gehören auch Wohn- und Arbeitsintegration. Wichtig ist zudem der gute Übergang von der Schule ins Arbeitsleben. Hier gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss. Dies gelingt mit Brückenangeboten und dem 10. Schuljahr. Mit den Quartier- und Gemeinschaftszentren und der offenen Jugendarbeit verfügt die Stadt Zürich über ein breites soziokulturelles Angebot: Eigene Projekte können entwickelt werden, wobei Kultur für alle entsteht.

Erfolgreiche SP-Sozialpolitik

- Dank einem SP-Vorstoss wurde eine **Fachstelle für Schuldenberatung** geschaffen. Fachleute informieren in Schulklassen über den richtigen Umgang mit Geld. So soll verhindert werden, dass noch mehr junge Menschen in die Schuldenfalle geraten. Damit können auch hohe Folgekosten, beispielsweise in der Sozialhilfe, vermieden werden.
- **Soziokulturelle Angebote und Einrichtungen:** Die Quartier- und Gemeinschaftszentren sind sehr beliebt. Das Angebot wird neu in einer Gesamtschau alle sechs Jahre durch den Gemeinderat geprüft, wofür sich die SP stark gemacht hat.
- Mit nachdrücklicher Unterstützung der SP konnten bewährte Instrumente der Stadtzürcher Sozialpolitik weiterentwickelt werden: **Wohnintegrationsprojekte** für armutsbetroffene Familien und Menschen am Rande der Gesellschaft konnten vorangetrieben und institutionalisiert

werden. **Soziale Auffangnetze, Arbeitsintegration und Sozialhilfe** für Menschen mit Krankheits-, Sucht- und Behinderungsfolgen konnten gefestigt werden. Schliesslich hat sich auch die **verbesserte Missbrauchsbekämpfung** in der Sozialhilfe bewährt.

- Solidarität macht nicht an der Stadtgrenze Halt. Daher hat sich die SP erfolgreich dafür starkgemacht, dass der jährliche Kredit der Stadt für **Ausgaben im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit um 1 Million Franken erhöht** wurde.

Wichtige Grundsätze der SP

- **Recht auf angemessene Sozialhilfe:** Wer Sozialhilfe bezieht, muss immer wieder eine Chance erhalten, ganz oder teilweise davon wegzukommen. Das Wort Chance beinhaltet auch eigene Anstrengungen, dieses Ziel zu erreichen.
- **Recht auf Ausbildung:** Gelingt es den privaten Unternehmen auch mit Unterstützung der Stadt nicht, genügend Ausbildungsangebote zu schaffen, so muss die Stadt Zürich zusammen mit dem Kanton für ausreichend Lehrstellen sorgen.
- **Recht auf Weiterbildung und Umschulung** zur Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt für Erwerbslose und Sozialhilfeempfangende. So erhalten diese eine Perspektive und können wieder in den Arbeitsmarkt zurückkehren.
- **Stadtentwicklung als Standbein der Sozialpolitik:** Wir setzen uns ein für eine gute Durchmischung. In der Stadt Zürich soll es Platz haben für Jung und Alt, für Menschen mit unterschiedlichem Einkommen, Bildungsstand und kulturellem Hintergrund. Die Stadt Zürich braucht eine Wohn-, Beschäftigungs-, Gewerbe- und Verkehrspolitik, welche das soziale Gleichgewicht fördert.
- **Förderung der ausserfamiliären Kinderbetreuung:** Wir stehen ein für den bedarfsgerechten Ausbau des Angebots an Krippen, Horten und Kitas. Mittels Frühförderung kann sichergestellt werden, dass alle Kinder beim Schuleintritt die gleichen Chancen haben. Kein Kind darf ein Defizit haben, das es nicht mehr aufholen kann.
- Die SP ist und bleibt Garant für, dass diese sozialen **Errungenschaften nicht aufs Spiel gesetzt werden**. Die SP wehrt sich gegen einseitige Abbauvorlagen.



Herausforderungen und Ziele 2014–2018

- Weiterer nachfragegerechter **Ausbau der subventionierten Betreuungsplätze in Kindertagesstätten:** Es braucht bezahlbare Betreuungsplätze für alle. Bürokratische Hindernisse für BetreiberInnen der Einrichtungen sollen beseitigt werden.
- **Es braucht die Weiterentwicklung von Hilfestellungen und Angeboten in der Sozialhilfe** und Mitgestaltung der Sozialpolitik auf kantonaler und auf Bundesebene durch die Stadt (zum Beispiel innerhalb der Konferenz für Sozialhilfe SKOS).
- Ein **breites soziokulturelles Angebot** mit niedrigen Zugangsschwellen, das lebendige Quartiere garantiert, ist gezielt zu fördern
- **Jugendarbeit:** Offene und aufsuchende Jugendarbeit ist wichtig. Jugendliche brauchen aber auch Freiräume, die sie eigenständig nutzen und verwalten können (zum Beispiel den Freestyle-Park auf der Allmend oder auch die Möglichkeiten für Festbewilligungen für Junge).
- **Es braucht gute Angebote für SchulabgängerInnen**, damit alle eine Chance für einen gelungenen Berufseinstieg erhalten.
- Wir fordern die Einführung von **Stipendien für Jugendliche und junge Erwachsene**, die von der Sozialhilfe abhängig sind. Damit sollen Anreize geschaffen werden, eine Ausbildung

zu machen oder Bildungsdefizite zu beheben.

- Wir müssen Wege finden, um zu verhindern, dass **ältere Menschen** immer häufiger von der Sozialhilfe abhängig werden, weil sie ihre günstige Wohnung verlieren und dann beispielsweise die Tarife für Pflege- und Haushaltsunterstützung nicht mehr bezahlen können.
- **Die Wohnbevölkerung** soll besser vor den unerwünschten Begleiterscheinungen der (Strassen-)Prostitution geschützt werden. Neue Konzepte und Projekte, beispielsweise der «Strichplatz», müssen auf ihre Tauglichkeit hin überprüft werden. Menschenhandel und andere Straftaten sind konsequent zu verfolgen. Es braucht einen besseren Gesundheitsschutz für SexworkerInnen und Angebote für Ausstiegswillige.
- Die **erfolgreiche Zürcher Drogenpolitik** muss weitergeführt werden und rasch an sich verändernde Bedingungen angepasst werden.
- Es braucht **existenzsichernde Mindestlöhne**. Menschen, die arbeiten, sollten nicht von der Sozialhilfe abhängig sein. «Working Poor» sind für unsere Gesellschaft eine Schande.

GESUNDHEIT UND ALTER: SICHERE VERSORGUNG FÜR ALLE

Ausgangslage

Die Situation im Gesundheitsbereich war in letzter Zeit auch in der Stadt Zürich geprägt von der Umsetzung des neuen Pflegegesetzes und des Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetzes sowie der Einführung der Fallkostenpauschalen (DRG). Dies war speziell für die beiden Stadtspitäler Waid und Triemli ein grosses Thema. Dabei war das Ziel, gute Rahmenbedingungen für Patientinnen und Patienten sowie für das Personal zu schaffen. Einige neue Gesetze überbürden den Gemeinden zudem zusätzliche Finanzlasten, wobei die Stadt Zürich aufgrund ihrer Grösse mehr Steuerungsmacht hat als kleinere Gemeinden, die nicht über eine eigene Versorgungskette verfügen. So hatte das Pflegefinanzierungsgesetz Auswirkungen auf die Spitex, die Pflegezentren und die Altersheime. Ein schwieriges Thema ist die für die Stadtspitäler zu tiefe Baserate (Basispreis für einen Behandlungsfall), die der Kanton für die Fallfinanzierung festgelegt hat. Zum gleichen Problemkreis gehören die vom Kanton festgelegten Normkosten in der stationären und ambulanten Pflege. Hier gilt es Gegensteuer zu geben, damit die Kosten für die Gemeinde nicht aus dem Ruder laufen und die Qualität gesichert werden kann.

Erfolgreiche SP-Gesundheits- und Alterspolitik

- Der Stadtrat legte eine **Altersstrategie des Gesundheits- und Umweltdepartements (GUD)** vor. Es wurden 10 Eckpunkte erarbeitet, die zum Beispiel das Thema Wohnen, die soziale Sicherheit oder die vielfältigen Angebote für ältere Menschen thematisieren. Diese Altersstrategie ist nach Meinung der SP eine zentrale Grundlage für eine nachhaltige Alterspolitik in der Stadt Zürich.
- Da die Altersstrategie nur auf das GUD bezogen ist, hat die SP mit einem überwiesenen Postulat verlangt, dass das **Thema Alter auch in allen anderen Departementen beachtet** wird. Zum Beispiel betrifft der Aspekt der Mobilität auch den Bereich Verkehr oder das Thema Wohnen auch den Hochbau.
- Die **Verlängerung und Weiterentwicklung des Pilotbetriebes der zentralen Ausnüchterungsstelle (ZAS)** konnte bewilligt werden. Die Diskussionen drehten sich vor allem um die Weiterverrechnung der Kosten an die Klientinnen und Klienten. Die SP ist überzeugt, dass die zentrale Ausnüchterungs-

stelle für die Polizei und die Notfallstellen der Spitäler eine wichtige Entlastung darstellt und deshalb eine sinnvolle Einrichtung ist.

- Die SP hat die **definitive Einführung des Projekts «Kompass»** erreicht. Dabei geht es um ein Case Management, bei dem Personen mit schweren körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen sowie anderen erschwerten Umständen unterstützt werden. Der jährlich wiederkehrende Betrag, mit dem die Löhne des Personals bezahlt werden, ist sinnvoll. Projekt «Kompass» schliesst eine Lücke, die nicht von bereits existierenden Institutionen geschlossen werden kann.
- Das **Angebot an Alterswohnungen** konnte unter anderem dank der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) kontinuierlich **ausgebaut** werden.
- Generell hat die SP mit Nachdruck auf die Sicherung und Weiterführung ihrer erfolgreichen Gesundheitspolitik gepocht: **Leistungsfähige städtische Spitäler auch in Zukunft, kompetente Pflege zu Hause, Unterstützung von älteren Menschen, die zu Hause leben wollen und können, sowie stationäre Angebote.** Die SP hat sich immer wieder erfolgreich gegen Kürzungsversuche eingesetzt, so zum Beispiel bei der Maternité im Triemli, bei der Akutgeriatrie in der Waid, bei der Abteilung für besondere Pflege oder bei Aktivierungsangeboten im Altersheim.

Wichtige Grundsätze der SP

- Wir wollen im Gesundheitswesen eine **öffentliche Grundversorgung für alle**. Wir wollen keine Auslagerungen und Privatisierungen der Spitäler.
- Wir wollen **zwei gute Stadtspitäler**, die eine breite Leistung erbringen können.
- Wir setzen uns ein für ein **gutes und allen zugängliches Angebot in den Bereichen der Alters- und der Palliativpflege sowie der psychischen Gesundheit**.

Herausforderungen und Ziele 2014–2018

- Die SP will mit dem Triemli und dem Waidspital weiterhin **zwei gute, starke Stadtspitäler**. Die SP treibt die Weiterführung und Weiterentwicklung der **Herzmedizin** und der **Akutgeriatrie** voran.



- Die **Zentrumsfunktion**, welche die beiden Spitäler wahrnehmen, soll vom Kanton **angemessen abgegolten** werden.
- In Bezug auf die **Alterspolitik** fordert die SP die **Weiterentwicklung der vorhandenen Angebote und die Verstärkung der Partizipation im dritten Lebensalter**.
- Angebote in den Bereichen der **Palliativpflege und der psychischen Gesundheit** sind von zunehmender Bedeutung und sind so auszugestalten, dass sie allen, die ihrer bedürfen, zur Verfügung stehen.
- Die **Stadt Zürich soll auch im Bereich Alter und Gesundheit eine vorbildliche Arbeitgeberin sein**. Die SP fordert attraktive Arbeitsbedingungen und eine gezielte Aus- und Weiterbildung, um damit den Engpässen im Pflegebereich entgegen zu wirken.
- Die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich kann kontinuierlich neue Alterswohnungen zur Verfügung stellen. Trotzdem ist das Angebot an günstigen Wohnungen für ältere Menschen knapp. Die SP setzt sich weiterhin für **günstigen Wohnraum speziell für ältere Menschen** ein.

MIGRATION UND INTEGRATION: DER ZUWANDERUNG LÖSUNGSORIENTIERT BEGEGNEN

Ausgangslage

In der Stadt Zürich leben rund 125 000 AusländerInnen (Stand Dezember 2012). Dies entspricht 31,3 Prozent der gesamten Einwohnerschaft von Zürich (ca. 394 000). Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung ist seit Jahren stabil. Seit über 40 Jahren ist die Schweiz ein Einwanderungsland. Nur als internationale Stadt hat Zürich eine Zukunft, und dazu gehört eine internationale BewohnerInnenschaft. Selbstverständlich gibt es auch Schwierigkeiten: Manche MigrantInnen haben Fähigkeiten, die auf dem Arbeitsmarkt nicht gefragt sind, einige sind unqualifiziert.

Besondere Anstrengungen zur besseren Integration von AusländerInnen finden dann Akzeptanz, wenn die einheimische Bevölkerung nicht das Gefühl hat, deswegen benachteiligt zu sein. Damit die gesellschaftliche Solidarität funktioniert, muss soziale Gerechtigkeit für alle gewährleistet sein. Diesem Aspekt muss ganz besonders Sorge getragen werden, denn Integration ist nie eine Einbahnstrasse: Sie ist immer ein Prozess, der auf beidseitiger Bereitschaft und Offenheit aufbaut.

Erfolgreiche SP-Migrations- und Integrationspolitik

- Die Stadt Zürich bietet kostengünstige **Deutschkurse** für Migrantinnen und Migranten auch mit niederem Einkommen an. Diese Kurse sind ein Erfolg und werden vor allem von Frauen besucht. Möglich ist dies auch dank **Kinderbetreuung** während den Kursen.
- Einen grossen Beitrag zur Integration leistet die Schule. Zur Unterstützung der Lehrpersonen konnten mit einem SP-Vorstoss mehr Stellen bei der **Schulsozialarbeit** geschaffen werden.
- Der partizipative Ansatz, bei der Schaffung neuer Asylzentren **Begleitgruppen aus der Bevölkerung** zu bilden, hat sich bewährt. Nicht zuletzt deshalb herrscht ein im Wesentlichen gutes Klima zwischen den QuartierbewohnerInnen und den AsylbewerberInnen.
- Dank einer **Anpassung des Personalrechts** fördert die Stadt nun bei Anstellung und Personalentwicklung die **Chancengleichheit** und die Toleranz und Akzeptanz unter den Angestellten.

Wichtige Grundsätze der SP

- Wir tolerieren **keine Ausgrenzung**: AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus sind in jeder Form abzulehnen. Für ein gleichberechtigtes Zusammenleben braucht es den Einsatz von uns allen.
- **Frühförderung**: Je früher ein Kind die deutsche Sprache erlernt, desto bessere Chancen hat es in der Schule sowie bei der Aus- und Weiterbildung. Kinder mit Migrationshintergrund müssen bereits in der Krippe mit der deutschen Sprache vertraut werden.
- Die **Asylverfahren müssen beschleunigt werden**. Die Stadt Zürich leistet ihren Beitrag zu dieser nationalen Anstrengung, beispielsweise als Standortgemeinde des geplanten Bundesverfahrenszentrums.
- Flüchtlinge im Asylverfahren sollen spätestens nach drei Monaten **Deutsch- und Integrationskurse besuchen** sowie wenigstens in Einsatzprogrammen arbeiten dürfen. Abgewiesene AsylbewerberInnen sollen Sozialhilfe beziehen können.
- Schulpflichtige Kinder von Familien, die um Asyl nachsuchen (Aufenthaltsbewilligung N) oder von Familien, die vorläufig aufgenommen wurden (Aufenthaltsbewilligung F), haben das **Recht auf Schule und Ausbildung**. Gleiches gilt für die Kinder von Sans-Papiers.
- Eine direkte Demokratie funktioniert auf die Dauer nur, wenn sich alle festansässigen EinwohnerInnen beteiligen können. Daher braucht es das **aktive und passive Stimmrecht** für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene.
- Nicht vergessen werden darf, dass **Sportpolitik auch aktive Integrationspolitik** ist. Die entsprechenden Bemühungen der Vereine sind zu würdigen.

Herausforderungen und Ziele 2014–2018

- Den grössten Beitrag an die Integration leistet die **Schule**. Es braucht darum eine Schule, die darauf eingeht, dass mehr als die Hälfte der Kinder eine fremde Sprache spricht und oft zugleich aus bildungsfernen Schichten stammt. Die Bildung dieser Kinder muss verbessert werden. Die Stadt Zürich soll eine **systematische sprachliche Frühförderung fremdsprachiger Kinder** einführen.
- Vorläufig aufgenommene Asylbewerberinnen und Asylbewerber finden oft keine Wohnung



und müssen in den Asylzentren verbleiben. Der **Zugang zu Wohnraum für MigrantInnen** muss generell verbessert werden.

- Die SP unterstützt die Forderungen nach einem **Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer** zumindest auf kommunaler Ebene.
- Das **Bundesverfahrenszentrum und die neuen Asylzentren in den Quartieren sind Herausforderungen für Zürich**, die nicht unterschätzt werden dürfen. Zum Beispiel deshalb, weil der sehr knapp bemessene Wohnraum pro Person zu Problemen in den Zentren führen kann. Die schnellere Behandlung der Gesuche sowie die Integration der vorläufig aufgenommenen Personen in den normalen Wohnungsmarkt sind unabdingbar, um die Situation zu entschärfen. Die SP setzt sich für eine **menschenwürdige Ausgestaltung der neuen Zentren** ein. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der BewohnerInnen und andere «Verbote auf Vorrat» lehnen wir ab.
- Die SP begrüsst, dass im geplanten «Zürich-Museum» die Migration als wichtiger Teil der Zürcher Geschichte behandelt werden soll. So wird unsere langjährige Forderung nach einem **Migrationsmuseum** zumindest teilweise erfüllt.

FINANZEN: DIE SOLIDE BASIS IST GEFÄHRDET

Ausgangslage

Auch fünf Jahre nach der Finanzkrise von 2008 kann unsere Stadt ein Eigenkapital von über 700 Millionen Franken ausweisen. Diese Basis ist aber stark gefährdet, weil einerseits die Einnahmen stagnieren und andererseits die Ausgaben ansteigen. Letzteres geschieht aufgrund des Bevölkerungswachstums und aufgrund neuer Gesetze von übergeordneten Ebenen.

Die Änderungen der Steuergesetze von Bund und Kanton Zürich sind in den Gemeinden angekommen. Es sind Änderungen, gegen die sich die SP leider oftmals vergeblich gewehrt hat. Sie führen dazu, dass die Einnahmen der natürlichen Personen trotz Bevölkerungswachstum stagnieren. Beispiele dafür sind:

- Die Abschaffung der Handänderungssteuer führt zu jährlichen Ausfällen von ca. 35 Millionen Franken.
- Die Folgen der steuerfreien Ausschüttungen infolge der Unternehmenssteuerreform II können durch das Steueramt nur mit grossem Aufwand ermittelt werden. Schweizweit bewegen sich die Ausfälle im Milliardenbereich.
- Die Besteuerung von qualifizierten Beteiligungen zu einem reduzierten Satz bewirkt einen geschätzten Einnahmerückgang von jährlich 10 Millionen Franken.

Bei den Ausgaben steigt wegen dem Bevölkerungswachstum auch der Bedarf an Infrastruktur (wie z.B. an Schulen oder im Verkehr) sowie an Lehrpersonen und Betreuungsangeboten. Im Gesundheitsbereich bewirken die Folgen der übergeordneten Gesetzgebung einen Zusatzaufwand, den die Stadt verkraften muss.

Trotz der düsteren Aussichten, die im aktuellen Budgetentwurf des Stadtrates ein Defizit von über 200 Mio. bewirken, werden bei Bund und Kanton weiterhin Pläne geschmiedet und Beschlüsse vollzogen, die den Gemeinden massiv weitere Mittel entziehen: Die Unternehmenssteuerreform III brächte für Zürich geschätzte Einnahmehausfälle von 300 Millionen Franken. Die kantonale Änderung der Regeln bei der Grundstücksgewinnsteuer gefährdet ein Einnahmenvolumen von 169 Millionen Franken. Erweiterte Steuerschlupflöcher mit Hilfe von Stiftungen, Abschaffung der Stempelsteuer beim Bund sind Stichworte für weitere Pläne, die direkt oder über Aufgabenverschiebungen mit etwas Verzögerung bei den Gemeinden zu neuen Belastungen führen würden.

Erfolgreiche SP-Finanzpolitik

In der Legislatur 2010–2014 ist es der SP in den meisten Fällen gelungen, einschneidende Sparprogramme zulasten der Bevölkerung zu verhindern. Mit grossem Einsatz und viel Verhandlungsgeschick konnten wir in vielen Fällen bürgerliche Kürzungsvorhaben abwehren. Als Ausnahme mussten wir die pauschale Budgetrückweisung 2011 zur Kenntnis nehmen. Gleichzeitig konnten auf nationaler und kantonaler Ebene mehrere Angriffe auf die Steuererträge verhindert werden. Die SP der Stadt Zürich engagierte sich in allen diesen Abstimmungen. Beispiele dafür sind:

- Die **Senkung der Grundstückgewinnsteuern im Kanton Zürich** wurde dank einem Behördenreferendum von SP und Grünen vom Volk abgelehnt.
- Zwei **Bausparinitiativen auf Bundesebene**, die unverhältnismässige Steuervorteile für WohneigentümerInnen forderten, wurden klar abgelehnt.
- Die **Pauschalbesteuerung für reiche Personen aus dem Ausland im Kanton Zürich** wurde durch eine Volksinitiative abgeschafft, die von der SP aktiv unterstützt wurde.
- Die **Senkung bzw. Abschaffung der Kapitalsteuern für Unternehmen im Kanton Zürich** kam dank eines Gemeindereferendums des Städtzürcher Gemeinderats an die Urne und wurde knapp abgelehnt.

Wichtige Grundsätze der SP

- Für die SP ist ein **sparsamer, sorgfältiger Umgang mit Steuergeldern selbstverständliche Pflicht** in der Tagespolitik und wird dies auch in der nächsten Legislatur bleiben.
- Die SP hält am **Modell der antizyklischen Finanzpolitik** fest. In guten Zeiten wollen wir Reserven bilden, um sie in schlechten Zeiten einsetzen zu können. Zum aktuellen Zeitpunkt ist es – nicht zuletzt aufgrund von Steuerausfällen – leider nötig geworden, einen Teil dieser Reserven aufzulösen.
- Die **Verstetigung der Investitionen auf hohem, aber realistischem Niveau** soll weitergeführt werden. Mit Investitionen kann die Stadt ihre Infrastruktur pflegen und ausbauen. Damit schafft sie Aufträge für das Gewerbe und die Bauwirtschaft.
- Die **langfristige Stabilität des Steuerfusses** ist wichtiger als voreilige Steuersenkungen – auch als Standortfaktor.



- Der für die Gemeinwesen verheerende **Steuerwettbewerb wird von der SP abgelehnt**. Die SP wird bei der Zusammenarbeit mit Kantonen und Gemeinden, die Steuerdumping betreiben, die Interessen der Stadt Zürich in den Vordergrund stellen.
- Wenn Banken einerseits milliardenschwere Boni ausschütten, andererseits aber keine Gewinnsteuern bezahlen, so werden die Boni letztlich von den SteuerzahlerInnen finanziert. Deshalb fordert die SP, dass **Verlustvorträge nicht mehr geltend gemacht werden dürfen, sobald wieder Boni ausbezahlt werden**.

Herausforderungen und Ziele 2014–2018

- Die SP unterstützt die Bemühungen des Stadtrats, **spätestens für 2017 wieder ein ausgeglichenes Budget** präsentieren zu können. Dieses Ziel hat für die SP-Fraktion hohe Priorität.
- Der **Grundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit** muss wieder Richtschnur der Steuerpolitik werden.
- In Zeiten knapper Finanzen ist die **Versuchung besonders gross, Verbesserungen auf Kosten des städtischen Personals anzustreben**. Die SP weiss, wieviel das Personal mit seiner täglichen Arbeit für die Bewohnerinnen

und Bewohner zum Funktionieren der Stadt beiträgt. **Das Personal hat es nicht verdient, als Kostenpuffer missbraucht zu werden**. Wir alle sind auf die Arbeit der städtischen Angestellten angewiesen, sei es im Abfuhrwesen, in den Spitälern oder auf den Kreisbüros. Zudem: Das städtische Personal investiert seinen Lohn in die städtische Wirtschaft und bezahlt auch meist in der Stadt Steuern.

- **Finanzpolitisches Abenteuerium**, wie es beispielsweise in Vorschlägen zum Verzicht auf Einnahmen aus Bussen und Parkgebühren zum Ausdruck kommt, **weist die SP zurück**, da ein solches Vorgehen allein zu einer Erhöhung der Defizite führt.
- Mit dem Paket zur **Unternehmenssteuerreform III** ist aktuell eine Vorlage in Ausarbeitung, die **erneut hohe Steuerausfälle für die Städte** verursachen würde. Da die Stadt Zürich direkt betroffen sein wird, gilt es, diese Abbauvorlage **entschieden zu bekämpfen**.
- Die steigende Zahl von Menschen, die in der Stadt Zürich wohnen, bewirkt einen grossen **zusätzlichen Investitionsbedarf**. Diesen Bedarf decken zu können, wird eine der grossen Herausforderungen der nächsten Legislaturperiode werden.

EUSEE ZÜRICH

Für alle statt für wenige

SP

